



# VAdM-Kurier

29. Ausgabe: Dezember 2021

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur  
29. Ausgabe unseres  
„VAdM-Kuriers“  
im Dezember 2021

## Inhalt:

editorial	Seite 1
WWF: Alles andere als Umweltschützer	Seite 2
Schwerpunkt Osteuropa	Seite 3
Kolumne: Neues aus dem Osten	Seite 4
Buchbesprechung: Building a Just World Order	Seite 4
Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten (Teil 16)	Seite 7
Die schöne, neue Welt des Internet: Es war einmal . . .	Seite 9
Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten	Seite 10
Erinnerung an die erste Friedensweihnacht	Seite 11
Von Aachen nach Eydtkuhnen: Entlang der historischen Reichstraße 1 (R 1)	Seite 11
Verschiedenes/Hoh(l)spiegel/ Impressum	Seite 12

## editorial

Angela Merkel nach der Übergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Bundeskanzler Olav Scholz: „An die Arbeit!“ Davon hat sie ihm allerdings noch einiges überlassen . . .

Seltsamerweise wurde von Seiten der Medien die umstrittene Amtszeit Merkels noch kaum bilanziert: Da kann man gespannt sein.

Dagegen sprechen unsere Nachbarn bei den eben absolvierten Antrittsbesuchen des neu gewählten Kanzlers und seiner Minister klare Worte:

Frankreich will den Strom aus Kernkraftwerken als umweltschonend erklärt haben und Polen pocht weiterhin auf Reparationen, mit der Hoffnung, die neue Mittlinksregierung könnte ja doch noch zustimmen.

Hat man in der neuen Bundesregierung die Interessen der Vertriebenen und Aussiedler noch im Blick? Neben der Union waren es *auch* die FDP und die SPD in den 1950er Jahren, die vom politischen Niedergang des *Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE) durch Aufnahme von Mitgliedern und den Stimmen der Vertriebenen profitierten. Noch Jahrzehnte war es der BHE, der der SPD in Hessen zu strukturellen Landtagsmehrheiten verhalf.

Für die Belange dieses Personenkreises zeigt sich allerdings keine der drei Parteien der neuen Bundesregierung empfindlich. So gesehen, wird die nächste Zeit zeigen, ob durch die neue Berliner Regierung der von der Union vollmundig für 2022 verkündete Fond für die Abmilderung von Härtefällen aus der Rentenüberleitung des Fremdrentengesetzes für Aussiedler und Spätaussiedler letztlich eingerichtet wird.

**Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes und friedvolles**

*NEUES JAHR 2022!*

*Vadim Derksen*

*Herbert Karl*

## Die heilige Nacht

Gesegnet sei die heilige Nacht,  
die uns das Licht der Welt gebracht! -

Wohl unterm lieben Himmelszelt  
die Hirten lagen auf dem Feld.

Ein Engel Gottes, licht und klar,  
mit seinem Gruß tritt auf sie dar.

Vor Angst sie decken ihr Angesicht,  
da spricht der Engel: "Fürcht' euch nicht!"

„Ich verkünd euch große Freud:  
Der Heiland ist geboren heut.“

Da gehn die Hirten hin in Eil,  
zu schau'n mit Augen das ewig Heil;

zu singen dem süßen Gast Willkomm,  
zu bringen ihm ein Lämmlein fromm. -

Bald kommen auch gezogen fern  
die heiligen drei König' mit ihrem Stern.

Sie knieen vor dem Kindlein hold,  
schenken ihm Myrrhen, Weihrauch, Gold.

Vom Himmel hoch der Engel Heer  
frohlocket: „Gott in der Höh sei Ehr!“

*Eduard Mörike*

WWF: Alles andere als Umweltschützer

### **Wie eine nachrichtendienstliche Tarnorganisation mit blutiger Geschichte zum Hauptschrittmacher der weltweiten „Klimapolitik“ aufsteigen konnte**

Von Thomas W. Wyrwoll

Umweltschutz ist ohne Frage eine gute Sache, und der Verfasser dieser Notiz hat sich ihm seit seiner Kindheit verschrieben. Allerdings gilt auch in diesem Metier, dass nicht immer alles so idealistisch ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Schon dem britischen Empire dienten Naturschutzaufgaben regelmäßig als Vorwand für Auskundschaftungen jeglicher Art, die sich nicht selten zu militärischen Aktionen ausweiteten. Aus just diesem nachrichtendienstlich-kolonialpolitischen Milieu entstand vor 60 Jahren, am 11. September 1961, der *World Wildlife Fund* (WWF), der seit 1986 offiziell *World Wide Fund for Nature* heißt und bis heute unter seinem in vielen Ländern allgegenwärtigen Panda-Logo als zentrale Schnittstelle von Großfinanz und Globalpolitik die Geschicke der Menschheit maßgeblich mitbestimmt.

Der vorgebliche Naturschutzverband  
diente westlichen Nachrichtendiensten  
und Waffenhändlern als Deckmantel.

Die Riege illustrierter Herren, die damals ihre Unterschrift unter die Gründungsstatuten setzten, lohnt zum Verständnis dieser Zusammenhänge auch jetzt noch allemal einen näheren Blick: Inhaltlicher Vordenker des WWF war der britische Biologe und Gründungsdirektor der UNESCO Julian Huxley, der sich – von Haus aus Eugeniker – öffentlich für eine Ausmerzungen der „tiefstehenden und degenerierten Menschentypen“ sowie scharfe Maßnahmen zur Begrenzung der Überbevölkerung aussprach. Auf ihn geht u. a. die Ideologie des „Transhumanismus“ zurück, welche auf eine Erlangung von „Perfektion“ und „Nützlichkeit“ des Menschen unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten abzielt. Diese nicht selten an billige *Science Fiction* erinnernde Denkrichtung ist insbesondere an angelsächsischen Universitäten verbreitet, und nicht zuletzt Anhänger der jetzigen Corona-Agenda gehören zu den Anhängern Huxleys – darunter Bill Gates, der die Idee einer Bevölkerungsreduktion durch Schein-Impfungen mehrfach öffentlich propagiert und probeweise sogar umgesetzt hat.

Als „der Mann, der Menschen mit Ideen und das Big Business zusammenbringt“, diente Edward Max Nicholson (1904 – 2003), der in der Öffentlichkeit als Ornithologe bekannt, aber tatsächlich vor allem Nachrichtendienstler war und im Krieg als einer der wichtigsten Strategen von Winston Churchill wirkte. Schon 1931 avancierte er zum Schöpfer des heutigen *Policy Studies Institut* – einer machtvollen Denkfabrik, die sich seither Fragen der Energie- und Klimapolitik sowie der Mobilisierung von Bevölkerungsgruppen für politisch erwünschtes Verhalten widmet.

Als Chef-Nachrichtendienstler von US-amerikanischer Seite zugegen war Godfrey A. Rockefeller, über den es keinerlei brauchbaren Lebenslauf gibt. Auch er hatte einschlägige Kriegshintergründe und nahm später offiziell einen Posten in der Hubschrauber-Industrie an, der ihm aber offenbar genug Zeit ließ, um als Organisator des WWF zu reüssieren. Weithin bekannt ist seine Freundschaft mit George H. W. Bush, zu dessen Familie die seine mindestens seit den 1920er Jahren eine enge Verbindung pflegte. Wenig Belastbares weiß man auch von Peter Scott, der nach außen hin als Ornithologe und Tiermaler aufschien und nebenbei den britischen Prinzgemahl Philip im Segelflug unterrichtete – auch der Herzog von Edinburgh war schließlich beim WWF mit von der Partie.

Der WWF war lange federführend an  
der Ausrottung von seltenen Tieren und  
bedrohten Menschenformen beteiligt.

Erster Präsident des WWF wurde Bernhard, Prinz der Niederlande. Der skrupellose Adlige hatte trotz seiner deutschen Herkunft an der Planung des britischen Bombenkriegs gegen die Zivilbevölkerung des Reichs teilgenommen und verwies auch später noch stolz auf die von ihm sogar persönlich begangenen Tötungen an seinen einstigen Landsleuten. 1954 wirkte er als Hauptgründer der Bilderberg-Konferenz, die seither Lenker von Vermögensmassen, Staaten und anderen Machtgruppen zusammenbringt. Nicht nur als Intimus des US-„Patriarchen“ David Rockefeller stand er in engsten Beziehungen zu CIA und MI6: Der Gatte der niederländischen Königin steckte selbst tief im Waffen- und Söldnergeschäft und war u.a. federführend am maßgeblich von ihm finanzierten illegalen Rhinoceroshorn- und Elfenbein-Handel im Südlichen Afrika beteiligt.

Folgerichtig war der WWF nicht nur mit seinen einflussreichen Oberen, sondern auch mit seinen Agenten und Privatarmeen an allen möglichen geostrategischen Brennpunkten des sich formal entkolonialisierenden Globus' zugegen. Wenn es einmal nicht um die Sicherung von Rohstoffen z. B. in Nationalparks ging, versuchten sich diese Söldner im „Jagdschutz“ für die samt und sonders aus Großwildjägern bestehende Chefetage des WWF, wobei „störende“ Einheimische wie etwa mehrere Stämme der vorgeblich „primitiven“, tatsächlich aber die Natur nachhaltig nutzenden Pygmäen mit einem regelrechten Ethnozid überzogen wurden – die Mörder und Vergewaltiger konnten sich sicher sein, dass ihre Herren eine schützende Hand über sie hielten. Gleichzeitig bot der WWF in seinem Freundesclub Vertretern des alten weißen Großkapitals und der neuen schwarzen Landesführungen einen vertraulichen Rahmen für allerlei zwielichtige Geschäfte.

Die Organisation der Mächtigen hilft  
u. a. den Vernichtern von drei Vierteln  
der weltweiten Orang-Utan-Bestände.

Fortsetzung S. 3)

(Fortsetzung von S. 2)

Ein weiteres Arbeitsgebiet etablierte der WWF im „Greenwashing“, also der Vergabe von ökologischen Persilscheinen für tatsächlich alles andere als umweltschonende Produkte und Projekte. Solche Retuschierungen wurden nicht nur den ebenso spendablen wie ethisch durchaus robusten Flaggschiff-Unternehmen seiner drei Gründerstaaten wie BP, Shell oder Coca-Cola zuteil, sondern selbst ausgewiesenen ökologischen Mordbrennern wie dem Gift-und-Gen-Konzern Monsanto oder dem Palmöl-Riesen Wilmar, der allein für die Vernichtung von etwa drei Vierteln der globalen Orang-Utan-Bestände verantwortlich zeichnet. Inzwischen erreichen dubiose Zertifikate des WWF wie FSC und MSC für Holz- bzw. Fischprodukte den Breitenmarkt und werden quasi nach Mafiaart vergeben – gegen Zahlung eines „Schutzgeldes“, um nicht schlechter dazustehen als die Konkurrenz, dafür aber ohne Prüfung, ob auch tatsächlich weniger Delfine als „Beifang“ enden.

Die Betrugszertifikate FSC und MSC  
bewerben für Geld angeblich umwelt-  
schonende Fisch- und Holzprodukte.

Schon früh erwies sich der WWF als weitsichtig: Bereits 1963, lange bevor irgendwelche neueren Klimaänderungen spürbar wurden, behandelte seine erste große internationale Konferenz das heutige mediale Angst-Thema „Anthropogene Erderwärmung“. Als primärer Ideologielieferant tauchte dabei Frank Frazer Darling auf, der seit langem mit Huxley zusammenarbeitete. Wenig später begann der WWF das Wort „Klimawandel“ als Kampfbegriff zu nutzen, und dieser ist heute in Verbindung mit „Corona“ längst zum Zentralthema des Vereins avanciert – „Wildlife“ kommt hingegen scheinbar nur noch als Fossil eines vergangenen Narrativs vor. Stattdessen sucht man zur Zeit unter Verwendung einer maßgeblich vom WWF gesteuerten „Foundations Platform F20“ über UN-Mechanismen Weltpolitik zu gestalten. Zum aus 14 sog. Stiftungen bestehenden „Steering Committee“ dieser F20 gehören neben WWF und *Rockefeller Brothers Fund* übrigens allein sechs rein bundesdeutsche Einrichtungen, denen sich im weiteren Verbund etliche weitere teils nur zur diesem Zweck geschaffene Konsorten gleicher Provenienz anschließen. Eine maßgebliche Figur in diesem Netzwerk ist der norddeutsche Multimilliardär Michael Otto, der gleich mehreren dieser zwielfichtigen Vereinigungen vorsteht.

Als Erfinder des „menschengemachten  
Klimawandels“ 1963, gründete der WWF  
auch die „Fridays for Future“-Bewegung.

Es nimmt daher nicht wunder, dass ein Großteil der „Fridays for Future“-Bewegung in der BRD angesiedelt ist, wo inzwischen der Staat mit diversen Ablegern zum Hauptfinanzier der nicht nur von ihrem Finanzgebaren her recht undurchsichtigen Freitags-Pimpfe aufgestiegen sein dürfte. Die Anschubfinanzierung für diese planmäßig geschaffene Hilfstuppe der demonstrationsfaul gewordenen Grünen leistete aber offenbar der WWF, dessen Logo – übrigens als quasi einziges – gerade in der Anfangsphase prominent auf den Plakaten der Bewegung prangte. Ein Großteil von allem, was heute in der globalen Klimapolitik gespielt wird, geht demnach augenscheinlich auf diese seit 60 Jahren unter dem Deckmantel des Naturschutzes arbeitende westliche Nachrichtendienst-Organisation zurück, bei der echte Umweltanliegen tatsächlich bestenfalls eine Alibifunktion wahrnehmen.

## Schwerpunkt Osteuropa

Im aktuellen Cato (Nr.1/2022) ist Osteuropa das Schwerpunktthema.

Im Beitrag von Mária Schmidt *Wer genießt Pressefreiheit?* sieht die Autorin einen sich verschärfenden Kulturkampf zwischen Ost und West, der sich langsam „zu einem Kulturkrieg steigert“ (Cato, S. 43).

Nach den Regimewechseln nach 1989 „halfen westliche Partner, Berater, Experten, Beamte und NGO's den kommunistischen Unternehmer neu zu erfinden“. Die kommunistische „Nomenklatura“ half hingegen dem Westen „Osteuropa in die Rolle des dankbaren Bittstellers zu drängen und zu amerikanisieren“ (Cato, S. 43).

Mit üppigen Geldern des US-Kongresses und der Westeuropäer konnten westliche Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihre Netzwerke einer „Politik der Soft Power“ Osteuropa überwerfen, allerdings sind diese NGOs nicht so *regierungsunabhängig* wie man meint; sie werden größtenteils mit *öffentlichen* Geldern alimentiert und sind nicht demokratisch legitimiert. Sie bewirkten,

*„daß die politische Kultur, die Medien, der öffentliche Diskurs und die Themensetzung der postkommunistischen Länder lange Zeit fast vollständig unter dem Einfluß westlicher Demokratie-Experteure standen. Tatsächlich wurden die meisten Mittel an diejenigen vergeben, die bereits in den achtziger Jahren Mitglieder prowestlicher Oppositionsgruppen gewesen waren“ (Cato, S. 45)*

(Fortsetzung auf S. 4)

## Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

Vor zwei Jahren

### Auslandsdeutschtum: Was man von Polen lernen könnte (\*)

von Thomas W. Wyrwoll

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat im Dezember 2019 mit Jan Michał Dziędziczak erstmals einen offiziellen „Regierungsbeauftragten für Angelegenheiten der Polonia und der Polen im Ausland“ ernannt. Unter „Polonia“ versteht man im Polnischen die (tatsächlichen oder in manchen Fällen aus einer recht bizarren Sicht so aufgefassten) traditionell etablierten polnischen Volksgruppen im Ausland, unter „Polen im Ausland“ hingegen die sich individuell z.B. zu Arbeitszwecken im Ausland aufhaltenden polnischen Staatsangehörigen. Das Amt wurde durch einen Beschluss des Ministerrates neu geschaffen.

Der 1981 geborene PiS-Politiker Dziędziczak war PR-Spezialist und Pressesprecher für Jarosław Kaczyński, bevor er 2007 in den Sejm gewählt wurde. 2015 wechselte er als Staatssekretär ins Außenministerium, 2019 im gleichen Rang in die Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrates. Auch die neue Position bekleidet Dziędziczak im Rang eines Staatssekretärs. Seine Aufgabe besteht dabei in der Koordination der Regierungsmaßnahmen im Bezug zu beiden Gruppen von Auslandspolen mit einem Schwerpunkt auf der Unterstützung kultureller und politischer Organisationen.

Ministerpräsident Morawiecki sagte bei der Amtseinführung, dass Polen überall dort sei, wo Polen wohnten. Als Polen zählten dabei auch alle Menschen, die sich als Polen fühlten, aber aufgrund verschiedener Umstände kein Polnisch sprächen – sie wären sämtlich uneingeschränkt als polnische Landsleute anzuerkennen, egal ob sie im Osten – also in den als „kresy“ bekannten polnischen Ostgebieten bzw. in den Zielgebieten der Zwangsaussiedlung unter zaristischer und sowjetischer Herrschaft in Sibirien und Zentralasien – oder im Westen – also in Ländern einer weithin selbstgewählten Ansiedlung als Emigranten – lebten: Die polnische Regierung stünde in allen Fällen hinter ihnen.

Ähnlich klare und zugleich warme Worte im Bezug auf die zumeist von einem noch weitaus härteren Schicksal betroffenen Ost- und Auslandsdeutschen, deren Sprache und Kultur in vielen Staaten in brutaler Weise unterdrückt wurde, sowie die Einrichtung eines vergleichbar gewichteten und ausgestatteten Amtes zu ihrer Unterstützung sind in Berlin leider absolut nicht zu erwarten.

(\*) Dieser Text wurde erstmals im Dezember 2019 publiziert.

(Fortsetzung von S.3)

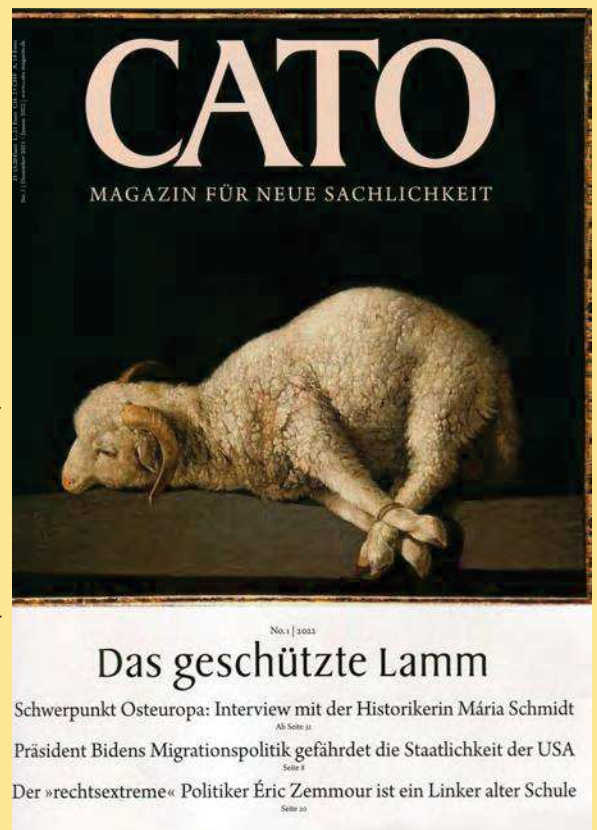
Bereits vor dem Zusammenbruch des Kommunismus unterhielten NGO's Kontakte zu osteuropäischen Dissidenten. Diese Verbindungen lohnten sich dann in dem Chaos der Übergangszeit in die Marktwirtschaft aus. So kaufte der offenbar in den Unterkarpaten als Lajos Hoch geborene, in Großbritannien als Robert Maxwell naturalisierte, genannt der »Pressezar«, die gesamte ungarische Provinzpresse sowie die ehemalige Partei- und Regierungspresse auf; noch kurz vor dem Mauerfall besuchte er Erich Honecker.

Maxwells Pergamon Press veröffentlichte die Schriften und Autobiographien von Leonid Breschnew, János Kádár, Nicolae Ceaușescu u. a. Nach seinem mysteriösen Tod 1991 sickerte durch, daß er für den KGB, den israelischen und den britischen Geheimdienst gearbeitet hatte. Weitere Medienkonzerne, die den Fuß rechtzeitig in die halboffenen Türen der Wendezeit steckten, waren Springer und Bertelsmann.

In den postkommunistischen Staaten setzte seit etwa einem guten Jahrzehnt ein Umdenken ein. So mußte die *Central European University* des Netzwerkers George Soros, im Volksmund Lomonossow-Universität genannt, einen Teil ihrer Aktivitäten von Budapest nach Wien verlegen.

Anmerkung: Mária Schmidt (geb. 1953) war zwischen 1998 und 2002 die Chefberaterin von Viktor Orban. Eben erschien ihr Buch: *From Country to Nation. Thirty Years of Freedom*, Budapest 2021.

Herbert Karl



## Buchbesprechung

### Alfred de Zayas: *The Building a Just World Order*

*Eine Buchbesprechung*

Mit seinem neuesten Werk *Aufbau einer gerechten Weltordnung* ist Alfred de Zayas erneut ein bedeutender Wurf im mit zahlreichen Fangangeln versehenen Beziehungsgeflecht zwischen internationalem Recht, den verwirrten internationalen Beziehungen und den internationalen Institutionen gelungen.

Auf Initiative des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UN) wurde ein Mandat einem Gremium von unabhängigen Experten zur Förderung einer gerechten und demokratischen internationalen Ordnung erteilt: De Zayas war zwischen 2012 und 2018 deren *erster* Mandatsträger. Aus dem Nektar seiner Berichte ist dieses kritische und dadurch aufrüttelnde Buch entstanden, und Kritik am UN-System ist heute nicht oft zu lesen.

De Zayas schlägt *substantielle* Reformen der UN vor, angefangen vom UN-Sicherheitsrat und diverser UN-Institutionen. Der Autor tritt für die Demokratisierung, damit dem Vorrang der Persönlichkeit vor den Mitgliederstaaten ein. Entsprechend fordert er ein Menschenrecht auf Frieden, in Zeiten eines sich verschärfenden Rüstungswettlaufs, den wesentlichen Abbau der Militärausgaben und die Einführung eines Rechts auf Selbstbestimmung.

So könnte eine *parlamentarische Weltversammlung* die demokratische Legitimität, die Transparenz und die Rechenschaftspflicht der Institutionen der Global Governance beleben.

Die derzeitige Veto-Praxis im Weltsicherheitsrat der UN stammt aus deren Gründungszeit: Für jeden neutralen Beobachter weist die Bilanz der Veto-Praxis über sechs Jahrzehnte nach, daß sie häufig im Widerspruch zu den Zielen und den Grundsätzen der UN-Charta verwendet wurden; vor allem gegen das Recht auf Selbstbestimmung wurde mehrfach verstoßen. Die Hauptmängel sind die anachronistischen Privilegien der *fünf* ständigen Mitglieder des Rates und dessen unzureichende Repräsentativität. Bereits Joseph Schwartzberg hat eine Erhöhung der Mitgliederzahl vorgeschlagen, die in 12 regionale Sitze mit jeweils einer gewichteten Stimme unterteilt sein müßten.

Jede Reform des Sicherheitsrats erfordert eine Änderung der UN-Charta nach Artikel 108. Einige Insider sind der Meinung, daß das Veto-recht, wie es seit 1945 praktiziert wird, die „Achillesferse“ der Vereinten Nationen und der heutigen internationalen Ordnung ist, denn erforderliche Resolutionen wurden nicht eingereicht, da man ein Veto befürchtete.

Neben dem Sicherheitsrat sollte auch eine Umwandlung vom Wirtschafts- und Sozialrat in eine *neue Struktur regionaler Gruppen*, ein gestärkter Menschenrechtsrat, die Koordinierung von Sonderorganisationen, Fonds und Kommissionen des Systems der Vereinten Nationen und eine verstärkte Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und anderer nichtstaatlicher Akteuren angedacht werden.

Das Völkerrecht – Völkerrechtssubjekte sind Staaten, indigene Völker und gewissermaßen auch Individuen, NGOs und transnationale Unternehmen – und die Menschenrechte müssen *einheitlich* und in gutem Glauben angewendet werden. Die willkürliche Auslegung oder selektive Anwendung des Völkerrechts, Doppelmoral und Selektivität untergraben die Autorität internationaler Organisationen. Überall dort, wo eine Verletzung des Völkerrechts oder der Menschenrechte vorliegt, ist es die Verpflichtung des *Einzelstaates*, unverzügliche, angemessene und wirksame Rechtsbehelfe zu gewähren (*ubi jus, ibi remedium*).

Andererseits darf der Geltungsbereich des Menschenrechts auf Frieden nicht auf die *Verhütung bewaffneter Konflikte* beschränkt werden. Das Recht auf Frieden ist ein allumfassendes individuelles und kollektives Recht, das es verdient, in seinen vielen Facetten dargelegt zu werden. Der ehemalige UN-Generalsekretär, Kofi Annan, kritisierte, daß die vermeintlich demokratischen Staaten der „Koalition der Willigen“ im März 2003 die Welt und ihre Völker in einen *illegalen* Krieg gegen den Irak mit den bekannten Leiden für die Bevölkerung zogen.

De Zayas plädiert u. a. für das Recht auf Widerstand gegen Diktatur und ausländische Besatzung: Bemerkenswert, der Autor ist nicht davon überzeugt, daß die Individuen das Recht hätten, *den Flüchtlingsstatus zu suchen und zu genießen*, sondern dafür, daß das *Recht auf freiwillige Rückkehr* in das Land oder den Herkunfts- oder Aufenthaltsort in Würde und mit allen gebotenen Garantien bestehen sollte: Hier rekurriert er auf Kants *Zum ewigen Frieden*. „Positiver Frieden“ ist mit der Beseitigung *struktureller* Gewalt verbunden, die sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten in der Welt ergibt, eine Situation, die behoben werden muss, wenn wir eine gerechte internationale Ordnung verwirklichen wollen.

Ein wesentlicher Aspekt ist, daß die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung, die nicht mit der Sezession *identisch* ist und zu Panik bei denjenigen Staaten führen könnte, die ihre territoriale Integrität wahren wollen. Andererseits ist es unmoralisch und es widerspricht der UN-Charta und dem Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, so zu tun, als sei die Frage der Selbstbestimmung abgeschlossen. Auch unter diesem Aspekt ist internationales Recht nicht statisch, sondern *dynamisch*.

Um eine demokratische und gerechte internationale Ordnung zu erreichen, muß daher das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gewährleistet werden, was notwendigerweise das Recht auf Leben einschließt, in seiner Heimat zu leben, ohne von *ethnischen Säuberungen oder Vertreibung* von seinen Wurzeln, seiner Geschichte, seinem Land und seinen Ressourcen bedroht zu werden. In seinem Bericht an den Menschenrechtsrat und die Generalversammlung bejaht de Zayas das *Recht auf Heimat*, er integriert dieses in das allgemeine Völkerrecht.

(Fortsetzung S. 6)

(Fortsetzung von S. 5)

Das von Woodrow Wilson entworfene (erste) Prinzip der Selbstbestimmung wurde in den Pariser Friedenskonferenzen nur sehr *unvollkommen* angewendet. Die Atlantik-Charta vom 14. August 1941 stellte in acht *gemeinsamen Prinzipien* eine Vision für eine neue Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg auf: Das zweite Prinzip formulierte das Prinzip der Selbstbestimmung als Verpflichtung, keine territorialen Veränderungen vorzunehmen, die nicht den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker entsprechen. Das dritte Prinzip bekräftigte das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen.

De Zayas warnt vor einem modernen „Wahrheitsministerium“; dieses trägt die Maske des „Rechtsstaats“, es erfindet aber tatsächlich „Fakten“. Er sieht die Welt in einem Ozean von Lügen schwimmen, und genau deshalb sind das Recht auf Zugang zu Informationen, das Recht auf Wahrheit, das Recht auf Meinungsfreiheit absolut entscheidend, damit Demokratie überlebt. Diese geschaffenen Fakten dienen letztlich nur dem Machterhalt Weniger.

Eine demokratische und gerechte internationale Ordnung kann nur in einer friedlichen Umgebung gedeihen: Die Instrumentalisierung der „humanitären Hilfe“ zum Zwecke der militärischen Intervention und der Erzwingung eines Regimewechsels unter falschem Vorwand sowie das Problem der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker unter dem Vorwand des unantastbaren Grundsatzes der territorialen Integrität sind essentielle Herausforderungen an die Weltgemeinschaft.

Unkonventionelle Wirtschaftskriege wie gegen Cuba, Chile, Venezuela, etc. um einen Regimewechsel zu erwirken oder ein neoliberales sozio-ökonomisches Modell durchzusetzen, müssen mit allen Mitteln vermieden werden. Durch die Beschränkung des Zugangs zu notwendigen Arzneimitteln, Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern sowie durch die Verschlechterung lebenswichtiger – sowohl multilaterale als auch unilaterale – Infrastrukturen haben sich zwangsweise nachteilig auf den Genuß der Rechte auf Leben, Gesundheit, Bildung, Nahrung, sauberes Wasser und einen angemessenen Lebensstandard von Einzelpersonen und Gruppen ausgewirkt.

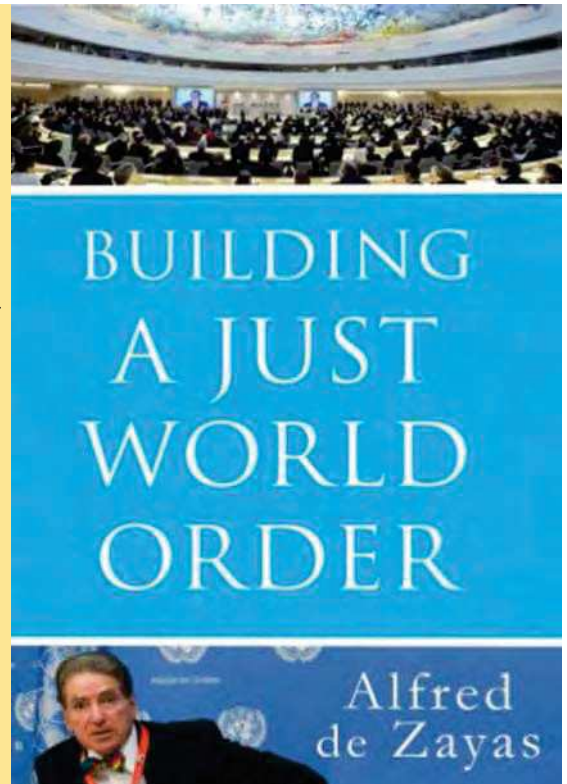
Transnationale Unternehmen existieren nicht in einem Vakuum und sind an das internationale Menschenrecht gebunden. Das Ausmaß der Verstöße durch transnationale Konzerne und die Leichtigkeit, mit der sie sich der Verantwortung für solche Verstöße entziehen können, erfordern einen internationalen Mechanismus, um sie für Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen. Die Nutzung von Schlupflöchern, die von einer organisierten *Steuervermeidungsindustrie* gelenkt werden, die von vier Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dominiert und von anderen eifrig kopiert werden, hat katastrophale Auswirkungen auf die Menschenrechte.

Seit geraumer Zeit signalisiert die Zivilgesellschaft mit zahlreichen Veröffentlichungen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, die von der Weltbank finanziert werden. Wie Naomi Klein bereits in ihrem Werk *The Shock Doctrine* darlegte, bleibt das Hauptproblem die Verpflichtung der internationalen Finanzinstitutionen auf die Philosophie der Laissez-faire-Ökonomie, die Milton Friedmans Chicagoer Schule widerspiegelt und durch den Glauben gekennzeichnet ist, daß Privatisierung und Deregulierung das Bruttosozialprodukt, ungeachtet der Minimierung sozialer Kosten und von Spekulationsblasen, steigern werden.

Während die Vereinten Nationen *keine* Weltregierung sind, sondern nur ein Koordinator globaler Aktivitäten, sind die wirklichen Mächte, die die Wirtschaftsordnung festlegen, die großen Wirtschaftsmächte, transnationale Konzerne und drei internationale Organisationen – die Welthandelsorganisation, die Weltbank und der Internationale Währungs Fond (IWF) –, von denen keine der *direkten* Aufsicht der Vereinten Nationen unterliegt und die nur lose Assoziierungsabkommen mit dem System der Vereinten Nationen haben. Entsprechende Kontrollmechanismen müssen entwickelt werden.

Diejenigen in der „internationalen Gemeinschaft“, die „Humanitäre Krise“ rufen und humanitäre Interventionen fordern, werden davon gehemmt sein, wenn sie, wie die USA, Kanada und die Europäische Union, im Wesentlichen daran schuld sind, weil sie es sind, die die Wirtschaftskrise durch lähmende Sanktionen und andere Formen der nichtkonventionellen Kriegsführung kriminell verschärft haben. Beispielhaft geht der Autor auf den Wirtschaftskrieg jener Mächte gegen Venezuela, das de Zayas als unabhängiger Sachverständige im Auftrag der UN bereiste.

(Fortsetzung S. 7)



(Fortsetzung von S. 6)

Die Medien sprachen von der „Wiederherstellung der Demokratie“ in Venezuela, wobei Demokratie als *kapitalistisches sozioökonomisches System* verstanden wird; de Zayas dazu: Tatsächlich „gibt es nichts vulgärer und undemokratischer als einen weiteren rechten Putsch in Lateinamerika“. Sein Missionsbericht, der das Ende der Sanktionen, die teils zu Flüchtlingsströmen führten, gegen Venezuela forderte, wurde teils mit „ohrenbetäubendem Schweigen aufgenommen“: Die Mainstreammedien, von CNN, Fox, bis Le Monde, FAZ, etc. ignorierten den Bericht völlig.

Seit mindestens zwei Jahrzehnten verwendet de Zayas den „Neusprech“ *Menschenrechtsindustrie*, um die vielen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure zu beschreiben. Das Konzept dieses Neusprechs kann genauso gut als „kognitive Dissonanz“ bezeichnet werden, da es die Erwartungshaltung gibt, daß wir gleichzeitig an sich *gegenseitig* ausschließende Konzepte glauben, die Fragmentierung des Völkerrechts und die Schaffung von *eigenständigen* Regimen akzeptieren, die die ganzheitliche Anwendung der Charta der Vereinten Nationen und der Menschenrechtsverträge sabotieren.

Was heute am meisten gebraucht wird, ist eine *reife* Diplomatie, ergebnisoffene Verhandlungen, eine *Kultur des Dialogs und der Vermittlung*, anstelle dieser gereizten Kultur der Großartigkeit und Unnachgiebigkeit. Die Quintessenz ist, daß *Demokratie nicht exportiert und mit Gewalt durchgesetzt werden kann*, daß Menschenrechte nicht das Ergebnis einer vertikalen, von oben nach unten gesetzten Durchsetzung sind, sondern eine *horizontale* Anerkennung der Würde eines jeden Menschen erfordern und daß die Ausübung der Menschenrechte von Bildung, gegenseitigem Respekt und Solidarität abhängt.

Appelle an die Rechtsstaatlichkeit sollten in einem *menschenrechtsbasierten* Rahmen kontextualisiert werden. Die Demokratie im einundzwanzigsten Jahrhundert erfordert, daß die Rechtsstaatlichkeit aufhört, die Herrschaft der Macht, der Geopolitik und der Wirtschaft zu sein. Den unsinnigen Krieg in Afghanistan und den überhasteten Rückzug der Alliierten konnte zeitbedingt nicht mehr in das Buch (erschienen September 2021) eingebaut werden.

Die Kodifizierung der Menschenrechte ist niemals endgültig und niemals erschöpfend, sondern stellt einen evolutionären *Modus d'emploi* für die Ausübung bürgerlicher, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Rechte dar.

Es ist an der Zeit, das Menschenrechtsparadigma weg vom engen Positivismus hin zu einem breiteren Verständnis von Menschenrechtsnormen im Kontext eines entstehenden *Völkergewohnheitsrechts* der Menschenrechte zu ändern: Gesetz ist weder Physik noch Mathematik, sondern eine dynamische menschliche Institution, die Tag für Tag die Bedürfnisse und Bestrebungen der Gesellschaft anspricht.

Das Instrumentarium der Vereinten Nationen ist vorhanden, allerdings ermangelt es an dessen konsequenter Umsetzung, so führt der Westen –USA, EU und Kanada – seine Politik der inhumanen Wirtschaftsblockaden aus der Zeit des Kalten Krieges fort wie das Beispiel Venezuela zeigt, das gleiche gilt für die Allmacht transnationaler Konzerne im Weltgeschehen: De Zayas Werk sind gute Übersetzungen in alle wichtigen Sprachen zu wünschen, denn *alle* Staaten sind bei dem Aufbau einer gerechten Weltordnung gefragt.

Herbert Karl

## Erinnern

*Vor genau hundert Jahren, von Dezember 1921 bis April 1922 erlebte das vorwiegend von deutschen Kolonisten besiedelte Wolgagebiet die erste verheerende Hungersnot:*

### **Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten**

Teil 16

Ein geflügeltes Wort ging im Frühjahr 1921 durch das Wolgagebiet: *Wolfshunger*. Wolfsrudel irrten durch das Land, rissen die Viehherden, griffen verstärkt auch Menschen an. Für diese wurde der Hunger zum Begleiter, bei den Kolonisten ausgelöst durch die Zwangsrequirierungen, die – wie gesehen – durch die Zentrale in Moskau verordnet waren.

Durch die ausgehungerten Wolfsrudel wurden die Dörfer untereinander abgeschnitten. Die Führung der Arbeitskommune informierte die Hauptstadt: »Eine Menge Vieh fiel ihnen zum Opfer. Ergreift man keine Maßnahmen, schlägt die Sache auf die Saat zurück, denn die Wölfe hindern die Bauern daran, auf das Feld zu gehen, sie sind nicht imstande, die Herden hinauszutreiben, man muss buchstäblich mit der Waffe in der Hand arbeiten.« (Dalos, S. 108f.)

(Fortsetzung von S. 7)

Noch dringender fiel der Abschlußbericht im Mai aus:

*»Die Bevölkerung des Oblast erlebt eine furchtbare Hungersnot. Wir brauchen außerordentliche, dringende und umfassende Hilfe, ansonsten wird der Oblast dermaßen zugrunde gerichtet, dass er sich einige Jahrzehnte nicht erholen kann.« (Dalos, S. 109)*

Im Juli, zwischenzeitlich waren 75% der Bevölkerung vom Hunger betroffen, kam es noch zu einer der regelmäßig auftretenden Dürren. Das regionale Parteikomitee sendete einen erneuten Hilferuf nach Moskau; dabei versuchte man,

*„auch die mentalhygienische Seite zu beleuchten: »Die Stimmung der Bevölkerung ist bedrückt, alles wird mit irgendeinem religiösen Fatalismus und mit Apathie aufgenommen. In der Revolution sehen alle das höchste Urteil Gottes, der angeblich die Menschen für ihre Sünden bestraft.«“ (Dalos, S. 109)*

In den betroffenen Gebieten hatte man aber nicht mit dem bereits in den ersten Jahren der Bolschewikiherrschaft etablierten „Labyrinth der Bürokratie“ gerechnet: Mit den Anträgen beschäftigten sich das Volkskommissariat für Ernährung, das Volkskommissariat für Nationalitätenfrage, die Vertretung der Kommune in Moskau, das Exekutivkomitee der Sowjets, die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale. Der Vorsitzende des lokalen Sowjets sprach mehrfach in Moskau vor und in Marxstadt, dem ehemaligen Katharinenstadt, tagten mehrfach diverse Untersuchungsausschüsse.

Michail Kalinin absolvierte am 19. August seine zweite Visite im Krisengebiet, diesmal kam er nicht, um Forderungen aufzustellen, sondern zeigte sich bereit, die Beschwerden der Deutschen anzuhören: Der Besuch bewirkte, daß Mitte September 600 Waggons mit insgesamt 540.000 Pud Saatgetreide in Saratow eintrafen: Dies entsprach weniger als einem Zehntel des im Oblast als »Hungerbudget« vorgesehenen 7,5 Millionen Pud (Dalos, S. 109).

Diese Lieferung verfehlte aber nicht ihre Wirkung: Die Bauern waren immerhin über den Umstand der Lieferung beeindruckt. Das Saatgut wurde vorwiegend für die Wintersaat verwendet und die brachliegenden Felder wurden wieder bestellt, damit vergrößerte sich die Ackerfläche sogar um das Vierfache.

Kalinin hatte auch die Gründung einer Sektion des Pomgol (Allrussisches Gesellschaftliches Komitee zur Hilfe für die Hungernenden) versprochen; Alexander Moor übernahm dessen Leitung. Im Gegensatz zu dem üblichen Usus wurden die Hälfte der Repräsentanten aus den Reihen der vorrevolutionären Eliten zugelassen; so kehrte auch der in Ungnade gefallene Adam Emich wieder in ein öffentliches Amt zurück.

Das vom Hunger betroffene Gebiet erstreckte sich über 35 Gouvernements, betroffen waren 90 Millionen Einwohner, von denen nach Schätzungen 5 Millionen Menschen verstarben. Waren es in manchen Regionen 20 bis 40% der Bevölkerung vom Hunger betroffen, so waren es in der Wolgaregion im Januar 1922 praktisch *alle* Bewohner: Nach vorsichtigen Schätzungen verstarben 107 000 Menschen, etwa 40 000 flohen in andere Regionen. Wenn man 1920 von einer Zahl von 432 000 Bewohnern ausgeht, verstarben in zwei Jahren ein Viertel der Menschen (Dalos, S. 110).

Diese Sterberate hätte das Überleben der deutschen Kommune in Frage gestellt: Die bolschewistische Führung war vollkommen überfordert. Das Anlaufen einer internationalen Hilfe verhinderte diese Tragödie. Noch kurz bevor Moskau die Pomgol auflöste, unterschrieb der stellvertretende Auslandskommissar, Maxim Litwinow, einen Vertrag mit den Vertretern der *American Relief Administration (ARA)* in Riga; darin wurden umfangreiche Lebensmittellieferungen nach Rußland vereinbart.



(Fortsetzung von S. 8)

Diese Regierungsorganisation sollte nach den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten, Woodrow Wilson, den vom Krieg betroffenen Europäern umfassende Hilfen gewähren; die Gründung der ARA ging auf eine Idee des deutschstämmigen Herbert Hoover zurück: Seine Maxime lautete: »Kriege werden mit Lebensmitteln gewonnen« (Dalos, S. 111). – Eine etwas bizarre Erkenntnis, wenn man bedenkt, daß es die Briten waren, die gegen die Mittelmächte eine inhumane Hungerblockade im Weltkrieg verhängt hatten.

Nach der Kapitulation der Mittelmächte organisierte Hoover Lebensmittelprojekte sowohl in den Sieger-, wie auch in den Verliererstaaten: Der amerikanische Staat zahlte Unternehmen für abgelieferte Überschüsse; diese wurden nach Europa verbracht. Nach der bereits erwähnten Rundfunkansprache Maxim Gorkis schaltete sich auch der bekannte Polarforscher Fridtjof Nansen ein; er versuchte, den neugegründeten Völkerbund in Genf von seinem humanitären Vorhaben zu überzeugen. Nansen trat mit dem Außenkommissar Georgij Tschitscherin in Verhandlungen. Das von ihm gegründeten *Committee for Russian Relief (ICRR)* sowie der *Save the Children Found* waren Nichtregierungsorganisationen und auf Spenden angewiesen.

Sowohl Nansen als auch Hoover stießen auf erhebliche Schwierigkeiten: Die Sowjets hatten keine diplomatische Beziehungen zu den USA und waren nicht Mitglied im Genfer Völkerbund. Trotz dieser Hürden gelang es beiden Organisationen in der Hungerregion eine *Infrastruktur* aufzubauen, die bereits Ende 1921 110 000 Kinder, und auf dem Höhepunkt der Hungersnot, im April 1922, schon 158 000 Kinder mit Lebensmitteln versorgen konnte; über eingerichtete *Suppenküchen* wurden auch Erwachsene in das Programm integriert.

Im Juli 1922 wurden im Wolgagebiet 339 000 russische und deutsche Bewohner mit Nahrungsmitteln versorgt. In der zweiten Hälfte des Jahres ergänzte das auf Initiative russlanddeutscher Exilanten aus Berlin und Chicago gegründete *Wolgadeutsche Hilfswerk* die Hilfen (Dalos, S. 111)

(Fortsetzung folgt)

*Herbert Karl*

#### Die schöne, neue Welt des Internet: Es war einmal . . .

. . . Vor ca. 10-15 Jahren konnte ich noch problemlos im Internet sehr viele Aufnahmen des schönen Volkslieds "Aber Heidschi Bumbeidschi" mit Originaltext finden können. Die Situation hat sich aber inzwischen dramatisch verändert. Nun sind meistens die "modernen", stark veränderten Versionen des Wiegenlieds zu finden, die manchmal sogar als "Weihnachtslied" bezeichnet werden!?

Liegt es daran, dass das Volkslied bei den unter die osmanische Herrschaft geratenen Deutschen entstanden ist, die bekanntlich regelmäßig eine sog. „Knabenlese“ über sich ergehen lassen mussten?

Bei dieser „Steuer“ (auch als „Knabenzins“ bezeichnet) wurden von den Osmanen in den von ihnen besetzten europäischen Ländern Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren eingesammelt, zu Janitscharen ausgebildet und in den vielen Kriegen gegen ihre eigenen Völker eingesetzt . . .

Inzwischen wurden die Originaltexte des Liedes so stark geändert, dass der Sinn zum Teil in das Gegenteil verkehrt wurde: Beispielsweise wurde in einer Liedversion aus „Mutter kommt nimmer mehr heim“ (weil sie sich gegen das Wegnehmen ihres Sohnes gewehrt hatte und von den Türken erschossen wurde: „Bum! Bum!“)

. . . „sie ist nur ausgegangen, kommt gleich wieder heim“

Der Text im Originallied ist jedoch durchaus logisch aufgebaut: In der ersten Strophe versucht eine Mutter das fremde Kind zum Einschlafen zu bringen und muss dem Kind darüber erzählen, dass seine Mutter „nicht mehr kommt“. In der zweiten Strophe ist die Rede vom Weg der erschossenen Mutter in den Himmel. Und in der letzten Strophe geht es um das weggenommene Kind der Mutter, die sich nicht (bzw. nicht vehement) gegen die „Knabenlese“ der Türken gewehrt und deswegen überlebt hatte . . .

Die Propaganda in Wikipedia hat sich bei der „Interpretation“ des „mehrdeutigen“ und „seltsamen“ Textes sehr viel Mühe gegeben, den eigentlichen Ursprung und die Bedeutung des Liedes zu verschleiern und nennt die historischen Tatsachen nicht einmal als „eine unter vielen“ Versionen mehr: [https://de.wikipedia.org/wiki/Heidschi\\_Bumbeidschi](https://de.wikipedia.org/wiki/Heidschi_Bumbeidschi)

Dabei ist es ganz offensichtlich, dass die krampfhaften Bemühungen, eine Erklärung für das komische „Heidschi“ zu finden, auf den Leser nur noch hilflos wirken. Während sich Menschen mit bewussten Erfahrungen aus der ehemaligen Sowjetunion sofort an das in der Schule zur Pflichtlektüre gehörende Werk von Leo Tolstoj „Hadschi-Murat“ erinnern (oder auch an J. Lermontows Gedicht „Mzyri“). Außerdem dürfte inzwischen allgemein bekannt sein, dass man in den islamischen Kulturen diejenigen, die am „Haddsch“ (große Pilgerfahrt) teilgenommen haben, mit der Ehrenbezeichnung „Hadschi“ ansprechen sollte. Zumindest zum Anführer haben wohl die osmanischen Reiter beim gewaltsamen Einsammeln der „Knaben-Steuer“ immer wieder so zugerufen haben, so dass dieser Begriff auch Eingang in den Text des traurigen Einschlaflieds gefunden hatte.

Hier eines der wenigen Aufnahmen, die ich sofort finden konnte und in welcher das Originaltext verwendet (von der israelischen Sängerin Esther Ofarim) wird:

<https://swisscows.com/video/watch?query=aba%20heidschi%20bumbeidschi&id=4310F318CF8A4B7013DD4310F318CF8A4B7013DD>

Übrigens, die Sängerin singt im Unterschied zu vielen anderen das „Bum! Bum!“ zumindest in der letzten Strophe richtig heraus (d. h. wie Gewehrschüsse). Auf der o. g. Wikipedia-Seite wird ja nicht einmal versucht, für das in einem Einschlaflied doch ziemlich seltsame „Bum! Bum!“ eine auch noch so politisch-korrekte Erklärung anzubieten . . .

Noch grausamer sieht es mit der englischen "Übersetzung" aus: <https://www.songtexte.com/songtext/engelbert-humperdinck/aba-heidschi-bumbeidschi-53d0575d.html>

Eingesandt von Albert Breining

## Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten

In unserer Oktoberausgabe wurde das historische Trauerspiel: *Die Feuerkrone. Dózsa's Kampf und Verklärung* von Rudolf Hollinger (1910 – 1997), Hochschulprofessor, Philologe und Schriftsteller aus Temeswar, der Hauptstadt des Banats (Rumänien), kurz angesprochen. Nach einer historischen Einordnung des Dózsa-Dramas, folgen hier ein paar biographische Notizen zu dem begnadeten Germanisten an der Temeswarer Universität.

Rudolf Hollinger verfaßte dieses historische Drama 1958/59, als er seinen Unterhalt als Arbeiter in dem Temeswarer metallverarbeitenden Großbetrieb *Tehnometal* bestreiten mußte, da er aus ideologischen und nationalen Gründen aus dem Lehramt entfernt worden war.

Es stellt sich die Frage: Wieso gerade die historische Figur Georg Dózsa? Für alte Temeswarer war die *Dózsa-utca*, die Dózsa-Straße, zwischen dem Maria-Platz, 1989 vermeintlicher Ausgangspunkt der sogenannten Revolution und dem nach einem Außenminister Altrumäniens, Ioan Lahovary, benannten Platz ein konstanter Bezugspunkt.

In den rumänischen Geschichtsbüchern wurde er als ein Kämpfer für Freiheit und Bauernrechte verklärt, der vor den Toren der Stadt 1514 in der Nähe des erwähnten Maria-Platzes auf einem Feuerthron mit einer glühenden Feuerkrone gekrönt und zu Tode gemartert wurde. Dabei scheuten sich die rumänischen Nationalkommunisten nicht, diesen aus dem ungarischen Szeklerland stammenden Revoluzzer in ihre Ahnenreihe zu integrieren.

Dózsa's Wirken fällt in eine der geschichtlich unruhigsten Zeiten Europas: Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, Savonarolas Geißelbewegung in Italien, Aufstände des „Armen Konrads“ und der Bundschuh-Aktivisten in Deutschland und insbesondere dem historischen Jahr 1517: Eroberung Jerusalems durch die Türken und dem Anschlag der Reformationsthesen Luthers an die Schloßkirche zu Wittenberg.

Dózsa folgte einem Aufruf zu einem Kreuzzug gegen die Türken: Annähernd 100 000 Bauern und Angehörige des niederen Adels folgten dem Aufruf; die ungarischen Magnaten sahen mit Unbehagen das Fortziehen ihrer Leibeigenen und bangten vor deren Bewaffnung. Diese Befürchtungen wurden wahr, nachdem der Sold und die Lebensmittelversorgung der Kreuzfahrer ausblieben; in kürzester Zeit konnte aber der siebenbürgische Woiwode, Johann Zápolya, die Bauern vor Temeswar besiegen: Dózsa wurde verurteilt und zu Tode gemartert.

Als Schauplätze wählte Hollinger Buda-Pest, Esztergom (Gran) und im 4. und 5. Aufzug Temeswar. Die 35 handelnden Personen sowie zusätzlich auftretende Personengruppen machen eine Aufführung schwierig. Trotzdem war der damalige Dramaturg des Temeswarer Deutschen Staatstheaters willens, *Die Feuerkrone* für die Spielzeit 1970/71 einzuplanen. Der 5. Aufzug wurde bereits von den Schauspielern auf Band gesprochen und von Radio Temeswar ausgestrahlt. Zur Uraufführung ist es jedoch nie gekommen; aber nicht etwa aus politischen Gründen. „Ein Banater »kulturfürstliches« Veto genügte, um Hollinger bühnen tot zu machen. So sind Hollingers Dramen bisher unbekannt“. (Dama, S. 45)

Rudolf Hollinger wurde am 13. August 1910 in Temeswar geboren. Nachdem Studium der Rechtswissenschaften in Klausenburg studierte er zwischen 1930 und 1934 Germanistik, Anglistik und Ägyptologie in Wien; hier promovierte er zum Dr. phil. In den Jahren 1936 bis 1944 war Hollinger Deutschlehrer am Temeswarer Realgymnasium, später an der Pädagogischen Lehranstalt, in den letzten zwei Jahren dieser Periode auch Direktor der Deutschen Knabenmittelschule der Banatia.

Mit der Kulturarbeit der Deutschen Volksgruppe wurde Hollinger mit der Kulturarbeit im Banat beauftragt und Leiter der Kulturkammer. Zugleich übernahm er 1941

*„die Schriftleitung des »Banater Schulboten«, Fachorgan der »Deutschen Lehrerschaft«, deren Gründung Nikolaus Hans Hockl, Leiter des Schulamtes der Deutschen Volksgruppe in Rumänien mit dem Ziel angekündigt hatte, »fachliche Schulung auf weltanschaulicher Grundlage der Nationalsozialismus zu vermitteln“ (Dama, S. 41)*

Diese Funktion sollte ihm noch einige Unannehmlichkeiten nach dem Seitenwechsel Rumäniens an die Seite der Sowjetunion bereiten; der Germanistikstudent Hans Dama weiter:

*„Hollinger war weder geistiger Vater der politischen Ausrichtung dieser Zeitschrift, noch militanter Ideologe. Seine Ernennung zum Schriftleiter erfolgte auf Grund seiner fachlichen (sprachlichen) Kompetenz [ . . . ]*

*Er sprach nicht gerne über diese Jahre (1936-1943): Wollte er es vermeiden, Lehrerkollegen zu nennen oder schämte er sich für die Tätigkeit, obwohl er sich weder politisch noch ideologisch engagiert hatte?“ (Dama, S. 41f.)*

Mit der neuen politischen Ausrichtung Rumäniens stand für die Deutschen, egal wo sie vor oder während des Zweiten Weltkrieges weltanschaulich verortet waren, die schwierigste Zeit ihres Lebens bevor. Bereits Anfang 1945 begannen die Deportation der arbeitsfähigen Männer und Frauen in die Sowjetunion: Frauen mußten ihre kleinen Kinder bei den Großeltern zurücklassen, denn die Männer waren entweder beim rumänischen oder deutschen Militär eingezogen. Seltensamerweise wurde in den späteren Jahrzehnten darüber wenig gesprochen und berichtet: Es waren verlorene Jahre . . .

Auch die Familie Hollinger wurde schwer getroffen: Zwischen 1945 und 1948 versuchte man sich bei Verwandten auf dem Land durchzuschlagen. Einer kurzen Anstellung (1. Februar bis 31. Oktober) als Dozent der deutschen Sprache an der Technischen Hochschule folgte der Ausschluß aus dem Schuldienst. Von 1950 bis 1956 war Hollinger, wie erwähnt, bei *Tehnometal* angestellt, anfangs als Arbeiter, dann als Büroangestellter und später als „Techniker“ (Dama, S. 42). – *Technometal* war offenbar schon damals der Abschiebebahnhof für unliebsame Zeitgenossen, und der *Techniker* weist ebenfalls auf diesen Status hin.

Zwischen 1956 und 1958 lehrte Hollinger an dem Germanistik-Lehrstuhl der Philologischen Fakultät der neu gegründeten Temeswarer Universität. Mit der „Säuberungswelle“ 1958 verlor er erneut die Lehrberechtigung: „In der Zeitspanne 1958 bis 1962 wurde Dr. Hollinger als »unqualifizierter« Arbeiter im bereits erwähnten Betrieb »untergebracht«. 1962 erfolgte die Berufung an die Universität, „nachdem die Recherchen gegen Hollinger nichts Negatives zutage gebracht haben“ (Dama, S. 42). Bis zu seiner Emeritierung 1971 hielt er Vorlesungen über Deutsche Literatur, Stilistik und Anglistik.

Nachdem Hollinger im Anschluß an eine mißglückte Operation erblindete, übersiedelte er mit seiner Frau 1980 in die Bundesrepublik. Hier diktierte er dieser noch vieles in die Schreibmaschine; er verstarb am 7. Januar 1997.

Über Dr. Rudolf Hollingers vielfältige Tätigkeit vom Musikliebhaber über Dichtung und Wahrheit sowie sein Wirken als Wissenschaftler mehr in den nächsten Folgen.

### Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: Temeschburger Heimatblatt 2021, S. 41 – 46.

Anton Peter Petri: Biographisches Lexikon des Banater Deutschtums, Marquartstein 1992.

Herbert Karl

Aus einer von der Rheinischen Post (Lokalredaktion Viersen) initiierten:  
- Leser-Aktion: Erinnerung an die erste Friedensweihnacht – Weihnacht 2015:

#### In der Baracke stand ein Weihnachtsbaum mit Kerzen

Viersen. Jürgen Zauner – damals sechs Jahre – erlebte die Friedensweihnacht hinter Stacheldraht in einem Lager.

Jürgen Zauner – der heute 76 jährige lebt in Dülken – erinnert sich an Heiligabend 1945: „Meine sogenannte erste „Friedensweihnacht“ verbrachte ich als Halbwaise (damals sechs Jahre alt) mit meiner Mutter (29) und meinem jüngsten Onkel (13) hinter Stacheldraht und Wachtürmen im ehemaligen Konzentrationslager Ebensee im Salzkammergut in Oberösterreich. Die amerikanische Besatzungsmacht betrieb es nach Kriegsende als Sammel-, Gefangenen- und Durchgangslager für Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, für uns Reichsdeutsche und Juden.“

Am Nikolaustag des Jahres 1945 sei seiner Familie die Benachrichtigung von der Gemeinde Grünau im Almtal überbracht worden, dass sie als „Reichsdeutsche“ trotz verwandtschaftlicher Bindungen und einem dortigen, zweieinhalbjährigen Aufenthalt ihre Ein-Zimmer-Wohnung aufgeben mussten. „Zwei Tage später, am 8. Dezember, standen wir mit unserem Gepäck vor dem dortigen Gemeindeamt“, so Zauner. „Amerikanische Soldaten verluden uns auf Lastwagen und ab ging es über vereiste, kurvige Straßen in das Lager Ebensee in der Nähe des Traunsees. Uns wurde in einer Baracke eine Stube zugewiesen. Wir waren neun Personen, drei Mütter und sechs Kinder. Unser Bett war dreistöckig gezimmert, der Raum konnte zum Glück beheizt werden. Für unser leibliches Wohl sorgten gefangene deutsche Soldaten unter Aufsicht der Amerikaner.“ Für die Kinder sei das Lagergelände ein Abenteuerspielplatz gewesen: „Ständig belagerten wir die Lokomotiven und Loren der stillgelegten Feldbahn. Manchmal zwängten wir uns auch unter dem Zaun hindurch, um nach Schneerosen zu suchen, mieden aber ängstlich die in den Fels gesprengten Stolleneingänge.“

Jürgen Zauners Erinnerung an Heiligabend: „Wir hatten einen Weihnachtsbaum mit brennenden Lichtern. Die Lagerleitung sorgte auch für eine besondere Zuteilung. Frisch gebackener Zopf wurde in den einzelnen Baracken verteilt. Wir Kleinkinder erhielten selbst gebasteltes Spielzeug, hergestellt von den gefangenen deutschen Soldaten.“ Im Januar 1946 seien sie nachts zum Bahnhof gefahren, in amerikanische Güterwagen verladen, mit Proviant aus amerikanischen Beständen versorgt und bei Passau heimatlos abgeschoben worden. „Wo sollten wir nur hin, die Heimat Ostpreußen war unerreichbar geworden?“, so Zauner.

Was der Dülkener vermisst: Den Hinweis auf die lange Weiternutzung vieler Lager unter anderen Vorzeichen.

Quelle: Rheinische Post, Lokalredaktion Viersen vom 24. Dezember 2015

#### Hinweis der Redaktion:

Aus dem Lager ist in der Zwischenzeit eine KZ-Gedenkstätte hervorgegangen, die dem österreichischen Innenministerium untersteht. Viele Kreuze, Gedenksteine, Tafeln bewahren das Gedenken an die Opfer aus den verschiedensten europäischen Nationen und deren Befreiung im Mai 1945. Betrübtlich ist, dass jeglicher Hinweis auf die noch lange anwährende Weiternutzung unter anderen Vorzeichen fehlt . . .

#### Von Aachen nach Eydtkuhnen: Entlang der historischen Reichsstraße 1 (R 1)

In dem vom *Preussen-Kurier* herausgegeben Sonderheft vollzieht Jörn Pekrul reich bebildert den Verlauf der historischen R 1, die ursprünglich als ost-westliche Fernstraße von Brügge nach Nowgorod in Rußland führte. Die heutige *Bundesstraße B 1*, von Aachen ausgehend, endet an der Oder in Küstrin, einer ehemaligen preußischen Festungsstadt.

Mit der Zunahme des Automobilverkehrs in den 1920ern wurde ein modernes Straßennetz benötigt:

„1926 begann die Ausarbeitung eines landesweiten Straßennetzes, das am 17. Januar 1932 für die **Fernstraßen** eingeführt wurde. Die Fernstraßen mit einstelliger Nummer durchzogen Deutschland von einer Grenze zur anderen, und die **Nr. 1** führte durch die Hauptstadt [ . . . ] Fortan fuhr man auf der »Reichsstraße Nr. 1«. In der gleichen Logik wurde später aus der Straße des Reiches eine Straße des Bundes.“ (Pekrul, S. 6)

Die historische R 1 nahm in Aachen und führte über Dortmund,

(Fortsetzung S. 12)

## PREUSSEN KURIER

HEIMATNACHRICHTEN FÜR OST- UND WESTPREUSSEN IN BAYERN

Sonderausgabe 2021



Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute

-Lebensbilder aus Deutschland-

von Jörn Pekrul

Gewidmet den West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen  
Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V. 2021

## Weihnachtszeit

O schöne, herrliche Weihnachtszeit!  
Was bringst du Lust und Fröhlichkeit!  
Wenn der heilige Christ in jedem Haus  
teilt seine lieben Gaben aus.

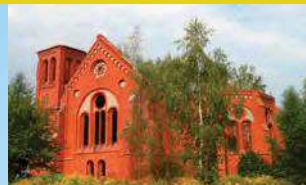
Und ist das Häuschen noch so klein,  
so kommt der heilige Christ hinein,  
und alle sind ihm lieb wie die Seinen,  
die Armen und Reichen, die Großen und Kleinen.

Der heilige Christ an alle denkt,  
ein jedes wird von ihm beschenkt.  
Drum lasst uns freuen und dankbar sein!  
Er denkt auch unser, mein und dein!

*Heinrich Hoffmann von Fallersleben*

(Fortsetzung von S. 11)

Hildesheim, Magdeburg, Berlin, Marienburg nach Königsberg. Die nostalgische Begehung der R 1 endet nach 1.392 km heute in der Grenzstadt Eydtkuhnen:



„Heute sind als Ergebnis des letzten Krieges, nur noch wenige Häuser in Eydtkuhnen erhalte. Die hiesige Grenze ist nach der spanisch-portugiesischen Grenze die zweitälteste in Europa. Wo einen früher die deutsche Fahne verabschiedete und die russische Fahne begrüßte, weht heute die russische Fahne beim Abschied nach und es empfängt die litauische. Ohne, daß sich auch nur ein Grenzstein verändert hätte. Eine Welt wurde auf den Kopf gestellt. Unweit einer modernen Grenzanlage gibt es noch den alten Teil der R 1. Das Kopfsteinpflaster führt zu einem Zaun und endet im gut abgesicherten Niemandsland. Der Blick geht in die Ferne auf die heute litauische Seite“ (Pekrul, S. 77)

Bilder: Die Kirchenruine von Eydtkuhnen (oben) und das Ende der R 1. Die Bilder wurden uns freundlicherweise vom LOW Bayern zur Verfügung gestellt.

Herbert Karl

## HOH(L)SPIEGEL:

Euer Kurier ist wie immer hervorragend gelungen  
schrieb WK Anfang Dezember aus  
Rheinland-Pfalz

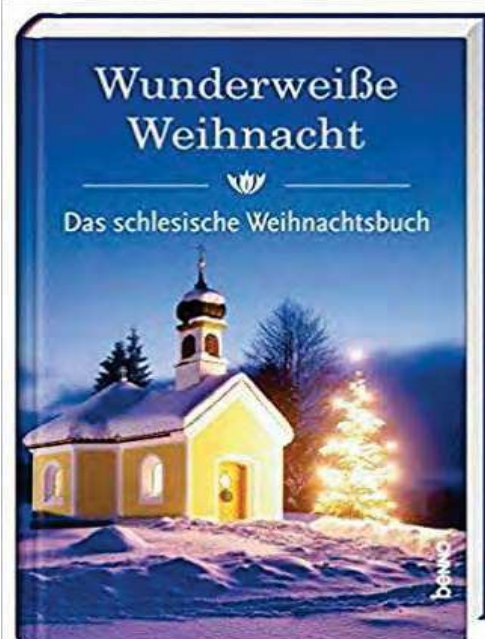
### Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

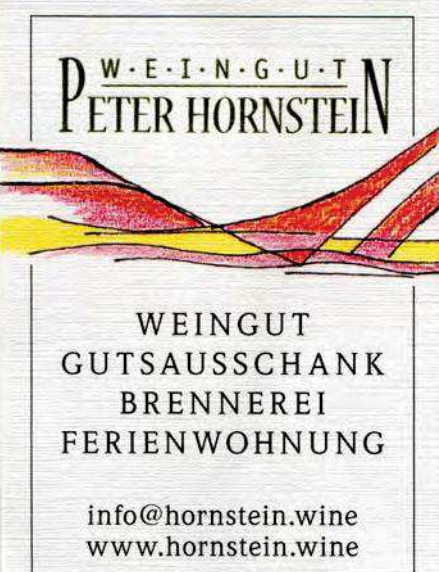
Red./HK



## Buchempfehlung



## Weinempfehlung



Sonnenbichlstr. 5 · D-88149 Nonnenhorn  
Telefon +49 83 82 - 88 75 70 · Fax 88 75 58

## Impressum

SPRECHER Herbert Karl:  
0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:  
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :  
Martina Kempf  
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:  
Grösselbergstr. 7  
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I  
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65  
[www.vadm-afd.de](http://www.vadm-afd.de)

E-Mail:  
[kontakt@vadm-afd.de](mailto:kontakt@vadm-afd.de)